

Wohnumfeld



Simon-Dach & Co.

Aktenzeichen Kneipenstreit ungecleart

Der diesjährige Kneipensommer hatte noch gar nicht richtig begonnen, da war der Streit um die nächtlichen Öffnungszeiten der Biergärten rings um den Boxhagener Platz schon in aller Schärfe ausgebrochen. Anlass waren die vom Bezirk angesetzten Clearinggespräche, in denen für vier Kneipenzonen Anwohner und Wirte einvernehmliche Schließregelungen und lärmindernde Maßnahmen für die Außengastronomie vereinbaren sollten.

Die unterschiedlichen Ergebnisse scheinen jedoch wenig konsensfähig zu sein: Einige Wirte haben umgehend eine Ausnahmegenehmigung beantragt, einige Anwohner klagen vor Gericht. Der neue Saisonbeginn nach den Clearingrunden wurde zudem von einer Brandstiftung überschattet, bei der das Auto einer kneipenkritischen Anwohnerin in Flammen aufging. Die Polizei führt ihre Ermittlungen derzeit



■ Feier nach Feierabend: In der Simon-Dach-Straße trotzen viele Wirte der auferlegten Selbstverpflichtung

Die Anwohner betreiben eine eigene Internetseite:
www.kneipenlaerm.de

In der Vergangenheit war der Versuch einer moderaten 23/24-Uhr-Regelung für die Simon-Dach-Straße immer wieder von den Wirtschaftsinteressen einiger Gastronomen zunichte gemacht worden. Keine Selbstverpflichtung hatte Bestand, bis spät in die Nacht wurde draußen Bier verkauft. Wirte, die sich an die Vereinbarung hielten, hatten das Nachsehen, denn die Gäste wechselten zum Konkurrenten. Gegen die schließlich verhängte 22-Uhr-Regelung klagte letztes Jahr ein Wirt an der Grünberger Straße. Das Verwaltungsgericht jedoch stärkte die Rücken der Anwohner und bewertete in einem Abwägungsprozess deren Interessen höher, da sie seit Monaten "erheblichen Lärmbelästigungen" ausgesetzt gewesen seien.

Der Bezirk hat in den letzten Jahren einen wahren Eiertanz hingelegt, wenn es um Konfliktbewältigung in dem Kneipenkiez ging. Die Szeneviertel in Friedrichshain werden vom Bezirksamt als "weicher Standortfaktor für Unternehmen wie Universal Music" gewertet. Während überall in Berlin die stetig gewachsene Kneipendichte mittlerweile von mangelndem Gästeaufkommen gestraft wird, erlebt Friedrichshain noch den Boom. Um diese Entwicklung weiter zu begünstigen, hatte die SPD-Fraktion des Bezirks im letzten Jahr sogar die Idee, das Karree um die Simon-Dach-Straße als allgemeines Wohngebiet aufzuheben. Sie wollte prüfen lassen, ob eine Umwidmung in ein Mischgebiet möglich sei. Weitere Kneipen und längere Öffnungszeiten wären dann rechtlich möglich. Der Vorstoß verlief im Sande, doch unabhängig davon widerspricht die Gebietsentwicklung den bisherigen Bemühungen, das Wohnen im Viertel zu stärken: Der Bezirk hatte eigentlich einen anderen Kurs eingeschlagen und noch vor einigen Jahren für das Viertel eine

auch im Hinblick auf den Kneipenstreit. Sollte sich eine Verbindung zu dem Streit bestätigen, wäre das eine dramatische Eskalation der angespannten Situation. In den letzten Jahren hatten sich in der Kneipenmeile rund um die Simon-Dach-Straße kontinuierlich die Fronten zwischen den Beteiligten verhärtet.

Die Clearinggespräche haben in drei Gebieten zu unterschiedlichen Vereinbarungen zwischen Anwohnern und Wirten geführt:

- Für die Niederbarnimstraße gelten keine Schließzeiten. Anwohner und Wirte wollen eventuelle Konflikte selber untereinander klären. In den derzeit bewilligten zwölf Kneipenvorgärten muss deshalb rein theoretisch nur zwischen fünf und sechs Uhr früh wegen der Sperrstunde Feierabend sein. Außerdem sollen ab 22 Uhr die Gäste von den Wirten zu leiserem Verhalten aufgefordert werden.

- Für den Lenbachplatz samt Sonntagstraße gilt dieselbe Regelung wie in der Niederbarnimstraße. Hier sind zurzeit nur sieben Vorgärten geöffnet.

- Um den Boxhagener Platz herum gilt dagegen eine zeitliche Beschränkung. Von Sonntag bis Donnerstag darf maximal bis 23 Uhr draußen ausgeschenkt werden, am Wochenende bis 24 Uhr. Danach müssen die Gäste reingehen. Auch hier werden sie ab 22 Uhr zum Leisesein ermahnt. In dem größten Areal sind 14 Biergärten von den

Sanierungs- und Milieuschutzsatzung erlassen.

Rechtsgültig sind die Clearingvereinbarungen allerdings nicht und zurzeit scheuen lärmegeplagte Anwohner keine juristischen Schritte mehr: Vor dem Verwaltungsgericht wurde Klage gegen den verlängerten Ausschank in der Gabriel-Max- sowie Krossener Straße eingereicht (Clearinggebiet Boxhagener Platz), da der abendliche Lärm zu hoch ist. Eine Entscheidung lag bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor.

Inwieweit die Wirte sich auf eine einheitliche Linie einigen können, ist fraglich. Gerade trat der Sprecher der Kiez-Wirte, Michael Näckel, zurück. Er begründete seinen Schritt mit der Haltung einiger Wirte, die sich nicht vom Brandanschlag auf das Auto distanziert hatten. Und ob Tiefbauamt und Wirtschaftsamt die Einhaltung der Auflagen verstärkt kontrollieren, wird sich erst im Laufe der Saison zeigen.

Tiefbauamtsauflagen betroffen, östlich des Platzes mehrere kleine, westlich auch Gärten mit bis zu 60 Quadratmetern Tisch- und Stuhlreihen.

Für die Simon-Dach-Straße hat das Clearinggespräch zwischen Anwohnern und Gastronomen allerdings keine Verständigung gebracht. Hier ist ab 22 Uhr genereller Ausschankschluss. Damit wurde die schon gegen Ende des vergangenen Sommers vom Bezirksamt erlassene frühere Schließzeit auch für die laufende Freiluftsaison verbindlich. Nach der gescheiterten Clearingrunde haben vier Gastronomen sofort Ausnahmegenehmigungen von der 22-Uhr-Regelung beantragt. Das Umweltamt prüft derzeit die Anzahl der Außenplätze hinsichtlich des zu erwartenden Lärmpegels. Bislang gibt es keine Erlaubnis.

[Weiter in der nächsten Spalte](#) 

Aufwendige Veranstaltung - mageres Ergebnis

Seit mehr als vier(!) Jahren finden mittlerweile Gesprächsrunden zwischen den Anwohnern, dem Bezirksamt und Wirten der Simon-Dach-Straße statt, um Kompromisse zwischen den Wirtschaftsinteressen der Wirte und dem Ruhebedürfnis der Anwohner zu finden. Verschiedene Vereinbarungen hatten nie lange Bestand. Anwohner, die das direkte Gespräch mit den Wirten gesucht haben, um Probleme zu lösen, wurden nicht ernst genommen. Und nun glaubt das Bezirksamt ernsthaft, mit einem Vereinbarungsentwurf wie bei den Clearinggesprächen, der deutlich hinter das zurückfällt, was unter dem Bezirksbürgermeister Mendiburu im Jahre 2000 vereinbart wurde, eine Lösung gefunden zu haben.

Diese Veranstaltungen wurden offensichtlich nicht einberufen, um die vorhandenen Probleme durch Kompromisse zwischen Anwohnern und Kneipenbetreibern zu lösen, sondern nur um den Betreibern von Gaststätten klare Öffnungszeiten für ihre Biergärten zu sichern und somit den Touristenmagnet Kneipenszeneviertel zu bewahren.

Alle anderen Probleme (Gehwegfreiheit, Lärm- und Geruchsemissionen in- und außerhalb der Häuser, Parksuchverkehr, geregelte Anlieferungszeiten und -verfahren), die bereits seit langem durch die Betroffenenvertretung Warschauer Straße und den Runden Tisch Verkehr thematisiert worden sind, wurden mit dem Kommentar "Damit können wir uns in diesem Rahmen nicht befassen" beiseite geschoben. Kritische Fragen von Anwohnern und Wirten zur Verantwortung des Bezirksamtes hinsichtlich

der wachsenden Probleme blieben unbeantwortet. Als so genannter Kompromiss wurde in den Veranstaltungen entweder "Open End" für den Biergartenausschank oder Ausschankschluss 23/24 Uhr plus 30 Minuten Aufräumzeit angestrebt. Das Verfahren bei den Veranstaltungen war jeweils dasselbe. Von der zweiten Veranstaltung an wurde die zuerst erzielte Vereinbarung den Anwohnern mehr oder weniger "aufgedrängt".

Beim zweiten Gespräch um die Niederbarnimstraße waren nur acht Wirte und sechs Anwohner (davon zwei bei den Wirten beschäftigt) anwesend. Ein kritischer Anwohner, der die Nachtruhe seines kleinen Kindes anmahnte, wurde mit dem berühmten "Dann zieh doch weg" bedacht. Es wurde eine "Open-End-Lösung" für den Biergartenausschank beschlossen.

Beim dritten Gespräch um das Gebiet am Boxhagener Platz verließen fünf Anwohner aus Protest den Saal, weil die Vorschläge einer Sperrzeitregelung 22 Uhr nicht aufgenommen wurden. Eine Sperrzeitenregelung 23/24 Uhr plus 30 Minuten Einräumzeit wurde gegen die Kritik mehrerer Anwohner beschlossen.

Beim vierten Gespräch zur Simon-Dach-Straße wurden Vorschläge der Anwohner, die eine Sperrzeit der Aussengastronomie ab 22 Uhr beinhalteten, einfach nicht diskutiert. Es wurde psychologischer Druck aufgebaut, zum Beispiel durch fortwährende Namensnennung. Die Veranstaltung endete ohne greifbares Ergebnis.

In die Vereinbarung zum Kneipenviertel Ostkreuz wurde sogar noch aufgenommen, dass sich die Anwohner nicht mehr bei der Polizei beschweren sollten, sondern nur noch bei den Wirten selbst. Diese Klausel wie auch die gesamte Vereinbarung wurde auf einer der Folgeveranstaltungen erst nach massiver Nachfrage als juristisch nicht haltbar bezeichnet!

Die Betroffenenvertretung Warschauer Straße sieht ein solch mageres Ergebnis einer aufwendigen Veranstaltung keineswegs als Erfolg an. Wir erwarten weiterhin, dass das Bezirksamt als für die Bürger handelnde Behörde ein Gesamtkonzept zur Bewältigung der Problematik vorlegt.

Betroffenenvertretung Warschauer Straße

